

Calmer Tagblatt

Nr. 106.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Verlagspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12,50 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12,00 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigennahme 8 Uhr vormittags.

Dienstag, 10. Mai 1921.

Verlagspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12,50 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12,00 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigennahme 8 Uhr vormittags.

Vor der Entscheidung in Berlin.

Die Berliner Presse über die vermutliche Haltung der Parteien zum Ultimatum.

Berlin, 10. Mai. Ueber die Stellungnahme der Parteien zu dem Ultimatum, wie sie die gestrige Beratung der Reichstagsfraktionen ergeben hat, berichten die Berliner Blätter, daß die Deutsch-Nationale Volkspartei die Unterschrift unter die Entente note einmütig ablehnt. Die Deutsche Volkspartei sei ebenfalls in ihrer Mehrheit für die Ablehnung. Das Zentrum sei größtenteils für Annahme, desgleichen die Demokraten. — Der „Sozialanzeiger“ will allerdings wissen, daß die demokratische Fraktion gegen die Unterzeichnung sei. Die Sozialdemokratie habe durch die Entschleßung ihrer Reichstagsfraktion ihre Bereitwilligkeit zur Annahme kundgegeben. — Die Zentrale der U.S.P. und die unabhängige Reichstagsfraktion treten in einer in der „Freiheit“ veröffentlichten Erklärung für die Unterzeichnung der Entente note ein und versprechen sich durch das gemeinsame Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder und durch die verberühmten Folgen des Ultimatum für das internationale Wirtschaftsleben eine Aenderung der bisherigen Weltpolitik der Entente. (Oh weh!) — Das „Berliner Tageblatt“ und die „Boschische Zeitung“ glauben an die Möglichkeit eines Wiederanlebens der alten Koalition, wie sie vor den Juniwahlen im Reichstag bestand, also an eine Regierung, die sich aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten zusammensetzen würde. — Laut „Boschischer Zeitung“ haben sich Zentrum und Demokraten bereits damit einverstanden erklärt. Als voraussichtliche Kandidaten für den Reichstagspräsidenten werden die Sozialdemokraten Hermann Müller und Reichstagspräsident Brüder genannt. Im Gegensatz zu dieser Version meldet allerdings der „Vorwärts“, das Zentrum stehe auf dem Standpunkt, daß es nur in eine „Annahme“-Regierung eintreten könne, wenn ihm seine bisherigen Weggefährten in der Regierung, Demokraten und Deutsche Volkspartei, weiter die Treue hielten.

Gemeinsame Entschleßung d. sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses.

Berlin, 9. Mai. Die Annahme des Ultimatum hat nur dann einen Zweck und die Besetzung des Ruhrgebietes ist nur dann zu verhindern, wenn die bayerische Regierung die vorbehaltlose Erklärung abgibt, die Einwohnerwehren rechtzeitig, d. h. bis 30. 6., zu entlassen und aufzulösen. Die Forderungen der Entente in der Reparationsfrage widersprechen in einigen Punkten dem Friedensvertrag, überschreiten weitans die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes und fordern unseren schärfsten Protest heraus. Über unter dem Druck der brutalen militärischen Gewaltandrohung, angeführt der unabsehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen ihrer Verwirklichung, besonders auch wegen der für Oberschlesien daraus entspringenden Gefahren, erklären sich Partei und Fraktion bereit, jeden ernstlichen Versuch zur Erfüllung des Londoner Finanzdiktats zu unterstützen. Der Versuch, die zur Erfüllung notwendigen Milliarden aus unserer Wirtschaft herauszuholen, muß jedoch schon in seinen Anfängen scheitern, wenn sich nicht jene Kreise des Bürgerturns, die heute noch Leiter unserer Wirtschaft sind, für ihn mit allen Kräften einsetzen und wenn nicht die notwendigen organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, die höchste Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands herbeizuführen. Ebenso hängt das Gelingen der bayerischen Entlassung vor allem von dem Willen und der politischen Einsicht des Bürgerturns ab. Die Verantwortung für das Kommenne fällt aber in erster Linie dem Bürgerturn und den es vertretenden Parteien zu.

Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Berlin, 9. Mai. Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat heute Abend zu einer Sitzung zusammen, die ebenso wie die vorherigen einen rein informativen Charakter trug. Zu diesem Zweck hatten außer den Mitgliedern des Ausschusses auch alle anderen Abgeordneten Zutritt, für die aber ebenfalls das Schweigegebot gilt. Neben dem Reichskanzler und dem Außenminister Dr. Simons nahmen fast sämtliche Mitglieder des Kabinetts an der Sitzung teil. Die erläuternden vertraulichen Ausführungen zu dem Ultimatum der Entente, insbesondere des deutschen Botschafters in Paris, Dr. Mayer, und des Staatssekretärs Bergmann, deckten sich im allgemeinen mit den Ausführungen, die diese Herren schon am Nachmittag in der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien im Reichsjubiläumministerium gemacht hatten. Zu Beschlüssen irgendwelcher Art kam es nicht. In den späten Abendstunden tagten außerdem fast alle Fraktionen, jedoch ist es zu einer positiven Stellungnahme für oder gegen den Vertrag bisher noch nicht gekommen.

Der polnische Ueberfall auf Oberschlesien.

Eine unverstämte Note Frankreichs.

Berlin, 9. Mai. Die französische Regierung hat auf die deutsche Note bezügl. Oberschlesien unter dem 7. Mai folgende Antwort gegeben: Herr Geschäftsträger! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang des Briefes vom 6. Mai 1921 zu bestätigen, durch den Sie die Güte hatten, von den ernsthaften Unruhen mit Mitteilung zu machen, die in Oberschlesien entstanden sind, und anfragten, ob die interalliierten Besatzungstruppen imstande seien, die Ordnung wieder herzustellen und mir zur Kenntnis zu bringen, daß die deutsche Regierung bereit sei, jede verlangte Hilfe zu leisten. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die übermittelten Meldungen aus deutscher Quelle in tendenziöser Weise die im übrigen bedauerlichen Vorgänge darstellen, die sich in einem Teil des obereschlesischen Abstimmungsgebietes zugetragen haben. Der Grund für die Unruhen ist ohne Zweifel zu sehen in den aus deutscher Quelle veröffentlichten Nachrichten, die unzutreffenderweise meldeten, daß die Alliierten sich entschieden hätten, den größten Teil des Industrie- und Bergbaugebietes Deutschland zuzuteilen. Diese falsche Meldung hat den Aufstand der Insurgenten entseht. Wie dem auch sei, die interalliierte Kommission, die mit der Verwaltung des Abstimmungsgebietes beauftragt ist, hat in einmütiger Uebereinkunft die energischsten Maßnahmen zur schnellen Wiederherstellung der Ordnung und zur Wiederherstellung der Sicherheit der Einwohner aller Nationalitäten, die in dem Abstimmungsgebiet liegen, getroffen.

Die alliierten Truppen haben voll (1) ihre Pflicht getan. Die jetzt einlaufenden Meldungen lassen eine wesentliche Besserung in den wichtigsten Zentren der Grubenreviere feststellen. Die interalliierte Kommission hat an Ort und Stelle die notwendigen Rekrutierungsmaßnahmen angeordnet, um die Lücken wieder herzustellen, die in der Polizei durch den Abgang polnischer Elemente entstanden sind. Sie hat dadurch der Bevölkerung die Beruhigung verschafft, die sie wünschte. Von irgend einer der interalliierten Kommission von Oberschlesien geleisteten Hilfe kann nicht die Rede sein. — Genehmigen Sie, Herr Geschäftsträger, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung (gez.) Briand.

Dazu bemerkt das W.L.B.: Die Darstellung der Note der französischen Regierung zeigt, daß man in Frankreich die wahre Lage in Oberschlesien nicht sehen will. Der Vorwurf der tendenziösen Berichterstattung ist ebenso haltlos wie die Annahme, der Grund der Unruhen sei ohne Zweifel in den aus deutscher Quelle veröffentlichten Nachrichten zu sehen. Es wird festgestellt, daß von keiner deutschen Stelle und von keiner deutschen Zeitung vor dem 1. Mai eine Meldung veröffentlicht worden ist, wie sie die „Oberschlesische Grenzzeitung“ am 1. Mai veröffentlichte. Wenn die „Oberschlesische Grenzzeitung“ die Meldung auf Berliner Quellen zurückführen will, so ist das nur eine plumpe Täuschungsversuch. Dazu kommt noch, daß die Meldung ganz offenbar nichts anderes war als ein verabredetes Zeichen, um den planmäßig vorbereiteten Aufstand ausbrechen zu lassen. Es wird weiter festgestellt, daß eine Besserung der Lage in Oberschlesien leider nicht eingetreten ist. Korfanty ist nach wie vor im größten Teil des Abstimmungsgebietes Herr der Lage; nach wie vor ist die deutschgefinnte Bevölkerung im größten Teil des Gebietes schutzlos den Bedrohungen der Aufständischen ausgesetzt. Die bisher von der interalliierten Kommission getroffenen Maßnahmen haben der obereschlesischen Bevölkerung keineswegs die Beruhigung verschafft, die sie wünschte. Die Erregung der bedrohten Bevölkerung ist vielmehr ständig im Wachsen, da die interalliierte Kommission bis jetzt nicht in der Lage gewesen ist, mit ihren Machtmitteln den gefahrlichen Zustand wieder herzustellen. Im übrigen zeigt die Note, daß man in Frankreich jedes Eingreifen Deutscher zur Besserung der Lage ablehnt.

Eine französische Stimme über den Aufstand.

Paris, 9. Mai. Der „Figaro“ erhielt von seinem Sonderberichterstatter aus Weuthen folgendes Telegramm: Ich habe 200 Kilometer in dem Aufstandsgebiet zurückgelegt. Entgegen dem amtlichen Optimismus dauert die Aufstandsbewegung an. Das ganze flache Land wird von bewaffneten Polen besetzt gehalten. An den unmittelbaren Zugängen der von den Aufständischen besetzten Städte befinden sich zahlreiche Maschinengewehrpforten. Die Versorgung, besonders mit Milch, ist für Weuthen, Kattowitz und die Industrieplätze schwierig. Vergangene Nacht wurden Granaten- und Maschinengewehrangriffe westlich von Weuthen gemeldet. Ich habe persönlich die Begeisterung der Polen feststellen können. Die Lage bleibt ernst.

Windige Nebensarten des englischen Ministerpräsidenten.

London, 10. Mai. (Reuters.) Im Unterhaus erklärte der Untersekretär im Auswärtigen Amt, Haresworth, die Lage in Oberschlesien sei ganz ungeklärt, doch würden Anstrengungen

gemacht, um die Wiederaufnahme der Arbeit in den Bergwerken zu erzielen. Die alliierten Regierungen erwägen die von der Volksabstimmungskommission zur Beilegung der Schwierigkeiten gemachten Vorschläge und seien aufs äußerste bestrebt, die Ordnung wieder herzustellen und die Polizei durch lokale Rekrutierung zu stärken. Die polnische Regierung sei aufgefordert worden, die Grenze zu schließen und jede Beihilfe und Ermunterung ihrer Konnationalen zu verhindern. — Lloyd George erklärte: Es ist ein sehr unglücklicher Zufall, der gerade in dem Augenblick eintritt, wo die deutsche Regierung eine Entscheidung in der Entlassungsfrage trifft. Wir sind im Begriff, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um einen Druck auf die polnische Regierung auszuüben.

Kenworthy fragte, ob das deutsche Reparationsgesetz in Kraft bleiben werde, falls die augenblickliche Regelung zu einem befriedigenden Abschluß gelange. — Lloyd George erwiderte, er müsse erst sehen (1), wie sie arbeite. — In Beantwortung weiterer Anfragen erklärte Lloyd George, er könne keine Antwort erteilen, bevor er nicht wisse, daß Deutschland die Bedingungen angenommen habe. — Baldwin brachte die Entschleßung ein, die die Grundlage der Industriefähigkeit bilden soll und die sich befaßt mit Schlüsselindustrien, der Währungsfrage und dem Dumping.

Eine Erklärung der interalliierten Kommission.

Oppeln, 9. Mai. Die interalliierte Regierungs- und Weisungskommission erließ einen Aufruf an die obereschlesische Bevölkerung, in dem es heißt: Die alliierten Mächte stimmen in der Beurteilung der in Oberschlesien vorgekommenen Unruhen vollständig überein. Ihre Entscheidungen werden dadurch nicht beeinflusst. Sie werden sich dabei ausschließlich von dem Ergebnis der Abstimmung und den Festsetzungen des Friedensvertrags leiten lassen.

Der Botschafterrat hat keine Eile.

Paris, 9. Mai. (Havas.) Der Botschafterrat setzte im Laufe des Vormittags die Prüfung der Maßnahmen fort, die dazu geeignet sind, die Ordnung in Oberschlesien wieder herzustellen und die Gemüter zu beruhigen. Er beschloß, die Bevölkerung über den tatsächlichen Stand der Grenzregulierungsfrage zu unterrichten. Dieselbe unterliegt noch der Prüfung. Keinerlei Entscheidung ist bisher gefallen. Der Botschafterrat beschloß andererseits, einen Schritt bei der polnischen Regierung zu unternehmen, um sie aufzufordern, mit an der Wiederherstellung des Friedens zu arbeiten und sich nach Kräften zu bemühen, die polnische Bevölkerung in Oberschlesien zu beruhigen. Der Botschafterrat hält es für seine Ehrenpflicht, seine volle Anerkennung auszusprechen für die Kaltblütigkeit und den Opfermut, welche die verbündeten Truppen bei den obereschlesischen Unruhen bewiesen haben.

Unangenehme Forderungen des polnischen Räuberhauptmanns Korfanty.

Berlin, 9. Mai. Der Führer der polnischen Aufständischen in Oberschlesien, Korfanty, hat mit Hilfe der amtlichen polnischen Funkstelle in Polen am 8. Mai folgenden Funkpruch an den Reichskanzler gerichtet: Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß bewaffnete Ortschaften und in Zivil gekleidete Reichswehrsoldaten den Pfarrer Drodzdel aus Konstadt, ferner einen gewissen Gruber-Kanz und zwei andere Personen aus Konstadt sowie einen alten gebrechlichen Greis Dajcatt aus Karlsruhe (Kreis Oppeln) als Geiseln verschleppt haben. Ich habe bis jetzt keine Geiseln genommen, weil ich das Geiselnehmen für einen barbarischen Brauch halte. Wir haben lediglich Gefangene abgeführt, welche mit der Waffe in der Hand abgefaßt worden sind. Sie werden menschlich behandelt. Ich lasse Ew. Exzellenz wissen, daß, wenn die als Geiseln genommenen Polen nicht binnen 48 Stunden, d. h. bis Dienstag, den 10. 5., abends 18. Stunde in ihre Wohnorte zurückgebracht und als frei Leute behandelt werden, ich am Mittwoch die doppelte Anzahl der angesehensten Deutschen in den von unseren Truppen besetzten Gebieten als Geiseln in die Gefängnisse werde abführen lassen.

Die Reichsregierung lehnt es ab, mit dem Führer der Aufständischen in Oberschlesien in irgend welche Verhandlungen einzutreten und der Funkpruch ist heute Morgen zugleich dem deutschen Bevollmächtigten in Oppeln übermittelt worden, um von dort aus den Tatbestand festzustellen und mit Hilfe der Interalliierten Kommission die von Korfanty angebotenen Repräsentanten zu verhindern. Wenn Korfanty aber behauptet, er habe keine Geiseln nehmen lassen, so muß im Gegensatz dazu festgestellt werden, daß in zahlreichen Orten angesehene deutsche Bürger von den Insurgenten als Geiseln festgesetzt und verschleppt worden sind und noch festgehalten werden. Von der Interalliierten Kommission, den alliierten Regierungen, sowie von der polnischen Regierung ist die Freilassung dieser Geiseln

och manche Nede
ien gehalten und
nmerung gebracht,
und feste Geisigk,
durch die frischen
der tüchtigen Lei
H gut gewählter
harmonischer Bez
nach einer bal

nd.
10. Mai 1921.

mischen Sängern,
s hinweisen. Die
rten Kreisen wohl
Liebertkomponisten

gans.
werten letzten Sonn
Drommelklang in
Teilnehmern, dar
stellungen. Die Hor
dortigen Vereins,
Klar Stauden-
denklich große Be
den Wert des W
ravor. Hoch erfre
Anführer H. E. d
leitung überbrach
richtete. Am bo
Reisat bei 20 W
V. Hochdorf O.
Walle, V. Ragob
Walle, V. Gebhau
Walle, V. Goh
Walle, H. Numb
45 gegen 32 W
egen 28 Walle, V.
en 46 Walle. Das
ndete unentschied

ganz hervortrag
V. Hochdorf w
aben, während der
ereinen beim Ge
rinnenabteilung be
abt. V. Hirsau mit
Turnerinnen von
ren von Hord z
im Aufschwung be
tage, möglichst viel
en, um dort Turn
werden und es
Oberhauptmann
Calw Tagl und

1. Juni.
igt ab 1. Juni is
nd der 3. Kl. 1. u.
1 Kilometer hoch
S, für die 3. Kl.
O. Die Fahr
vor 5-10. M. auf
aufgerundet. Für
ahpreis um den
bis 75 km) für
gt, in der 2. Zone
ne (über 150 km)
jeht auch an Be
en ab 1. Juni für
4. Kl., Schüler
hrpreis der 3. oder
arten werden eben
nsteigarten (50%).

bient.
ung von 2. M. der
llt worden. Beis
: Sucht und fang
de gemeldet haben

ürttemberg in den
talien und 2000
chafe an diese Län
ie Leitung der W

che
ng der vor-

ewürz
les flüchtigen
änk von köst-
verringerten
ckung!

isierung ist der Würt. Landwirtschaftskammer in Stuttgart über-
tragen. Die Tiere werden durch die Beauftragten der Kammer im
freien Handel aufgekauft; von der Sammelstelle im Stuttgarter
Schlachthof- und Viehhof werden die Tiere mit Sonderzügen weiter-
befördert.

Saatenstand.

Nach den Berichten des Stat. Landesamts standen die Früchte in
Württemberg zu Anfang des Monats Mai durchschnittlich
auf mittel bis gut. Die Winterfrüchte zeigen befriedigenden, mit-
unter sogar üppigen Stand. Umpflügungen wurden nur in ganz ge-
ringem Umfang notwendig. Die Sommerfrüchte sind auch dort, wo
sie spät in den Boden gebracht wurden, kräftig aufgegangen. Wo sich
die Trockenheit besonders stark fühlbar machte, sehen sie dünn, die
gemülltersten Niederschläge der letzten Tage dürften ihnen gut ge-
tan haben. Die Kleefelder und die Wiesen, die um die gleiche Zeit
des Vorjahres bereits das erste Grünfutter geliefert hatten, sind im
Wachstum durch die Trockenheit und die kühlen Nächte vielfach noch
sehr zurück. Es ist mit einer Verzögerung des ersten Futterschnitts
zu rechnen. Das Frühobst, namentlich die frühen Birnen und Kir-
schen, haben durch die Fröste vom 16.-17. April stark gelitten, wäh-
rend die Apfelsäume noch gut durchgekommen sind. Der Frost hat
den Weizen geschadet, auch macht sich in den Weinbergen der Mangel
an Winterfruchtbarkeit fühlbar. Die Feldmäuse treten mehr oder we-
niger schädigend auf. Ihre Bekämpfung ist vielerorts bereits ein-
gestellt worden.

Seuchenstand.

Nach den Mitteilungen des Stat. Landesamts ist die Maul- und
Fleischseuche weiter im Rückschreiten. Am 1. Mai waren noch 37
Oberämter mit 59 Gemeinden und 150 Gehöften verheut gegen-
über 40 Oberämtern mit 73 Gemeinden und 202 Gehöften am 15.
April. Die Schweinefleuche und Schweinepest ist im Jagstkreis ganz
erloschen. Die Schafräude erstreckt sich auf 27 Gemeinden mit 32
Gehöften, die Pferberäude auf 15 Gemeinden mit 17 Gehöften.

Der Finanzausschuss zum Besoldungsgesetz.

(S. 2.) Stuttgart, 7. Mai. Der Finanzausschuss beriet heute den
Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Veränderung des Besoldungs-
gesetzes für Württemberg. Der Entwurf ist notwendig geworden
durch die Einsprache des Reichsfinanzministeriums gegen das würt-
tembergische Besoldungsgesetz. Aus dem Entwurf geht hervor, daß
sie zum Teil durch die neue Vorlage aus der Welt geschafft werden
und daß andererseits durch nochmalige Besprechung ein Teil der
Einsprache gegenstandslos werden soll. Wegen eines anderen Teils
soll das Reichsschiedsgericht angerufen werden. Der Gesetzentwurf
sah keine Beamtenabänderung, ausgenommen Artikel 16 Abs. 3. Nach der
neuen Fassung des württembergischen Besoldungsgesetzes zählen näm-
lich auch die Pflegekinder unter bestimmten Voraussetzungen zu den
unterhaltungsberechtigten Kindern, für die Kinderzulagen zu gewäh-
ren sind, während die von Reichsbeamten etwa unterhaltenen Pflege-
kinder nach § 16 des Reichsbesoldungsgesetzes nicht zu den unterhal-
tungsberechtigten Kindern gehören und von der Gewährung der ge-
setzlichen Kinderzulagen ausgeschlossen sind. Gegen diese günstigere
Regelung des würt. Besoldungsgesetzes hat das Reichsfinanzmini-
sterium Einsprache erhoben. Der neue Gesetzentwurf stellt sich auf die
Seite der Reichsregierung. Gegen die Stimmen der Sozialdemo-
kratie, der Unabhängigen, der Deutsch-demokratischen Partei und eines
Teils des Zentrums wurde die Regierungsvorlage angenommen. Der
Berichterstatter hatte einen neuen Artikel 20 beantragt: In plan-
mäßige Beamte erfolgt bei Ueberweisung auf ein Konto vierteljähr-
liche Vorauszahlung. Der Antrag wurde aber mit 4 Ja gegen
11 Nein abgelehnt. Der Berichterstatter führte im allgemeinen Klage
dagegen, daß Württemberg in dauernde Schwierigkeiten wegen der
Besoldungsordnung dadurch komme, daß das Reich gegen Bayern
immer nachgebe. Wenn durch diese Sonderregelung für die Beamten
dauernd Sonderprivilegien gewährt werden, werde der Partikularismus
gestärkt, und das bedeute eine schwere politische Gefahr. Es sei
Pflicht der Regierung, mit allen Mitteln durchzusetzen, daß entweder

die bayerischen Vorfeststellungen unterbleiben oder entsprechende Bes-
feststellung aller Beamten des Reiches durchgeführt werden. Der Fi-
nanzminister stellte sich ganz auf den Boden dieser Darlegungen und
gab im übrigen nähere Erklärungen über die Verhandlungen zur Ein-
stufung der Verkehrsbeamten. Die Klagen der Beamten im allge-
meinen, daß sie noch nicht eingestuft sind, seien unbegründet. Außer
Preußen sei Württemberg das einzige Land, das bisher seine Ein-
stufungen vollendet, während z. B. Baden seinen Etat noch nicht
zu Ende beraten, Sachsen erst jetzt ein Besoldungsgesetz vorgelegt
habe und Bayern überhaupt noch nicht dazu übergegangen sei, ein
Besoldungsgesetz vorzulegen. Die neue Ortschafteneinteilung kam
ebenfalls zur Sprache. Der Minister erklärte, es handle sich dabei
nur um eine vorläufige Maßnahme. Der würt. Antrag, eine ganze
Reihe von Orten in höhere Klassen einzureihen, sei noch nicht er-
ledigt. Württemberg werde es bei der endgültigen Regelung nicht
fehlen lassen, den würt. Standpunkt energisch zu vertreten. Bei
der weiteren Beratung des Etats beantragte der Abgeordnete Ma-
ger, die Position von 1 1/2 Millionen für die Einwohnerwehr weg-
fallen zu lassen, und wurde darin von einem Vertreter der Unabhän-
gigen unterstützt, wogegen ein Vertreter des Zentrums erklärte, so-
lange unsere Verhältnisse noch so ungewiß seien, müsse man zuwarten.
Schließlich wurde der Antrag gegen die Stimmen der Mehrheits-
sozialdemokraten und Unabhängigen abgelehnt.

(S. 2.) Stuttgart, 8. Mai. Wegen eines Angriffs auf den dieser
Lage zurückgetretenen zweiten Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes
ist auf der Hauptversammlung der Jahreshalle Stuttgart dieses
Verbandes der kommunistische Abgeordnete Stetter aus der Organi-
sation ausgeschlossen worden. Die Verwilligung von 1000 M. an die
Rote Hilfe zur Unterstützung des mitteldeutschen Putzbes wurde ab-
gelehnt.
Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw.

Muhholz-, Stangen- und Reifig-Verkauf

am Donnerstag, den 12. Mai 1921, nachmittags 4 Uhr
in der früheren Brauerei Dreiß und zwar:

- 100 St. Eichen III.-VI. Kl.
- 9 St. Birken VI. Kl.
- 114 St. Bauftangen I., II. Kl.
- 110 St. Hagftangen I. Kl.
- 54 St. Hopfenftangen
- 116 St. Reifstangen
- 98 St. eichene Verbftangen
- 15 St. Gartenpfosten

2 Am eichenes Werkholz
5 Am tannenes

23 Flächenloje
aus Abtlg. Spehhardter Mauer

65 Flächenloje
mit Stangen aus Abtlg. Mäuleswäldle und Tälesbach.

Calw, den 9. Mai 1921.

Stadtpslege: Frey.

Amtsgericht Calw.

In dem Genossenschaftsregister wurde heute bei dem
Darlehenskasernenverein Simmozheim, e. G. m. u. H. in
Simmozheim folgendes eingetragen:

In der Generalversammlung vom 18. April 1921
wurde an Stelle des durch Rücktritt ausgeschiedenen Vereins-
vorstehers Georg Müller das bisherige Vorstandsmittglied
Friedrich Kof, Bauer, zum Vereinsvorsteher gewählt. Ge-
wählt wurden ferner: a) anstelle des Kof der bisherige
Vereinsvorsteher Georg Müller zum stellvertretenden Vereins-
vorsteher und b) an Stelle des infolge Wahlablaufs aus-
getretenen Vorstandsmittglieds Karl Drollinger der Friedrich
Rühle, Bauer, zum Vorstandsmittglied.

Den 7. Mai 1921.

Stellv. Amtsrichter Ger.-Vf. Dr. S ch l e c h t

Apfelina

der beste Apfelmoff-anjab

flüssig

20% billiger

als alle anderen, da noch
steuerfrei.

Nur
Ritterdrogerie Calw

Liebezell.

(15 Pfund)

Schuhgeschäfts-Eröffnung.

Mache hiemit der verehrten Einwohnerschaft von
Liebezell und Umgebung die Mitteilung, daß ich
heute mein Schuhgeschäft eröffnet habe. Mein Ge-
schäftsprinzip wird sein, nur erstklassige Ware zum
Verkauf zu bringen und jedermann zu seiner voll-
kommensten Zufriedenheit zu bedienen.

Hochachtungsvoll
Gottlieb Bürkle, Schuhgeschäft
gegenüber Herzog Eberhardt.

Kunstoffärberei Stuttgart

färbt und reinigt alles schön und gut.

Annahmestelle: **W. Entenmann**, Leder-
str. 91

Herbverkauf.

Zwei große u. ein kleinerer Herd
(sehr stark gebaute Land- und Saftwirtschaftsherde)
verkauft billig

Georg Reutter, Hafnermeister, Neubulach.

Nächster Tage trifft ein
Waggon feuerfester Steine
auf Station Feinach ein. Bestellungen hierauf nimmt
noch entgegen der Obige.

Tüchtiges
**Allein-
Mädchen**
für Privatsfamilie gesucht.
Näheres zu erfahren
Hotel „Adler“, Calw.

**Dienstmädchen-
Gesuch.**

Ich suche per sofort oder
1. Juni ein älteres Mädchen
das schon gekost hat und
selbständig kochen kann, zu
kleiner Familie.

Frau E. Bischoffberger,
Nähmaschinen-
und Fahrradhandlung,
Schopshelm i. W.

**Einen neuen Anzug
Gehrock**
Größe 48, u. einen Irelhigen

hat zu verkaufen
Gottlieb Bacher,
Schneidermeister,
Bischoffstraße 466.

**Neuen
Gasbadofen**
verkauft
Frau Privatier Sauer,
Hirsau.

A. Delschläger'sche Buchdruckerei
Telefon-Nummer 9 Calw Lederstraße Nr. 151

Wirkungsvolle Drucksachen aller Art für
Industrie, Handel, Gewerbe und Private.

Die beleidigenden
Ausdrücke geg.
d. Gemeinderäte
Braun und Stepper
nehme ich als un-
wahr zurück.

Fran Marie Stükel,
Oberhaugstett.

Bruchkranke
können ohne Operation und
Verursachung geheilt werden.
Sprechstunde in Pforzheim
Bahnhof Pforzheim am
13. Mai von 9-1 Uhr.
Dr. med. Knopf,
Spezialarzt für Bruchleiden.

Pfannkuch & Co.
Gemüsenudeln
breite
Pfund
Mark **7.-**

Makkaroni
Spaghetti
Hörnle
Pfund
Mark **8.-**

**Suppen-
Einlagen:**
Eiergraupe
Suppen-
nudeln
Kiebele
Pfund
Mark **8.-**

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.

Alfred Pfeiffer, Calw
Baumaterialien-Handlung (Tel. 97)

**Portland-Zement
Leonberger Baugips
Rohrmaten**

Frisch
eingetroffen:

Schwemmsteine
Größe 10-12-25
" 12-14-25
" 14-16-25

**Zement-Röhren
Steinzeug-Röhren
Spülbank-Garnituren**

**Württembergisch.
Monistenbund.
Lichtbilder=
Vortrag**

von Dr. Kahl-Hamburg, über:
"Die heidnischen Grundlagen
des Christentums"

am Dienstag, den 10. Mai 1921, abends
8 Uhr im Gasthof „Bad. Hof“ in Calw.
Karten im Vorverkauf
zu Mk. 3.—, Mk. 2.—, Mk. 1.—, bei
Ernst Kirchherr, Buchhandlung.
Am Schluß des Vortrags freie Diskussion

Saal „Bad. Hof“

Donnerstag, den 12. Mai 1921,
abends 8 Uhr

**Gastspiel d. Stadt. Viktoria-
Theaters Pforzheim**

„Zwangseinquartierung“

Lustspiel in 3 Akten v. Arnold u. Bach
unter Mitwirkung des
Theater-Orchesters.

Preise der Plätze: Mk. 3.—, 6.50, 4.—,
Vorverkauf in der Buchhandlung
E. Kirchherr.

Pfannkuch & Co.

**Schweine-
schmalz**

3 Pf. 11.50
Mk.

Rokos-Fett

In Tafeln
3 Pf. 10.00
Mk.

Eftol

Taf. 11.00
Mk.

Margarine

1-Pfund-Würfel
Mk. 9.00

Solo

bester Butter-Ersatz
1-Pfund-Würfel
Mk. 12.50

Speiseöl

1 Liter 16.00
Mk.
und 18.00

Pfannkuch & Co.
Telefon 45.

Zu verkaufen!
Am Sahrmarkt werden in
meinem Wohnhause, Hag-
gasse 192, zwei ganz neue
Bettladen
samt Röhre verkauft.
Karl Stoll.

**Brodmann's Futterfalk
Bieh-Emulsion
Eierlege-Pulver**
und andere Tiermittel

Ritterdrogerie Calw.

**Hemden- und Blusenstoffe
fertige Schürzen
wollene schwarze Strümpfe
und Socken**

wollene Herren-Einsatzhemden
Herren- u. Damenunterleibchen
Herren-Unterhosen
Leibhöschen für Kinder

In Trikot und Macco
empfiehlt billigst

G. Wohlgemuth, Liebenzell.

Schluss der Anzeigen-Annahme 8 Uhr.

**Feldart.-Regiment
Nr. 29 Ludwigsburg.**

Kameraden!

Am Sonntag, den 22. Mai 1921
findet
in Ludwigsburg
ein
Regiments-Tag

statt, zu dem alle Angehörigen des Regiments aus Friedens- und
Kriegszeit eingeladen werden.

Wir richten an die Vorstände der verschiedenen Kriegervereine
die höfliche Bitte, an Kamerad Zugführer Grammer in Calw,
soweit noch nicht geschehen, die Meldungen der Teilnehmer unter
genauer Angabe der Adressen gesammelt einzusenden oder die
Kameraden aufzufordern, sich direkt bei Obigem anzumelden.

Die Meldungen wollen bis spätestens Sonntag, den
15. Mai gemacht werden, in den Meldungen ist anzugeben, wer
am gemeinschaftl. Mittagessen teilnimmt und Nachtquartier wünscht.

Abfahrt in Calw

am 7 Uhr 22 Min. morgens, der Zug hat in Sussenhausen
Anschluß. Die Teilnehmer am Regimentsfest sammeln sich am
Sonntag, den 22. ds., morgens 7 Uhr, auf dem freien Platz vor
dem Bahnhof.

Wir geben dem Wunsche Ausdruck, daß die Angehörigen des
Regiments der Einladung Mann für Mann Folge leisten.

Calw, 4. Mai 1921.

Mehrere Kameraden.



Faule Ausreden

sind's, wenn Schuhpuß mit nur geringem
Terpentinölgehalt als „Terpentinware“ be-
zeichnet wird. Ausschließlich aus reinem
Terpentinöl hergestellten Schuhpuß müssen
Sie verlangen und dieser heißt:

Nigrin.

Dr. Gentners Schuhpuß

**Fahrräder!
Mäntel und Schläuche,
sowie sämtl. Ersatzteile**
empfiehlt billigst

Fr. Belz, Fahrradhdg., Calw, Bischoffstr.

**Auf dem Markt in Calw
kaufen Sie Pader, Schuh-, Wagen- und sonstige
Schwämme, Fenster-
und Wagen-Leder**

bei Franz Winter, Spezialschwamm-
Große Auswahl. Mäßige Preise.

Meiner werten Kundschaft teile ich ergebenst
mit, dass ich die Vertretung erster Spezialitäts-
firmen in

**Rauchkästen, sowie Backöfen,
sonstigen Oefen und Herden**
übernommen habe. Gefälligen Bestellungen sehe
ich gerne entgegen. Auf Wunsch komme ich auch
an Ort und Stelle.

**Georg Reutter, Hafnermeister
Neubulach.**

2 Eisendreher
durchaus selbständig, nicht unter 25 Jahren
sofort gesucht.

Mühlendbauanstalt Kohler, Salmühle.

**Wilhelm Bender
Emma Bender
geb. Bentler
Vermählte**

Reutlingen, 10. Mai 1921.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Be-
kante zu unserer am Donnerstag, den 12. Mai
d. J. stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zur „Krone“ in Altbulach
freundlichst einzuladen.

**Christian Mast, Maurer,
Sohn des Schultheiß Mast, Altbulach
Maria Reutshler,
Tochter des f. Bauern Joh. Georg Reutshler,
Altbulach.**

Kirchgang 1/2 12 Uhr in Altbulach.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung
entgegennehmen zu wollen.

**Ein Posten
prima Zigarren
(Fehl Farben)**
in der Preisliste von

55, 65, 90 und 100 Pfg.
empfiehlt

Carl Schaufelberger
Untere Marktstraße Nr. 84
Spezialgeschäft für Zigarren,
Zigaretten, Rauch- und Raubarake.

Wasserglas
empfiehlt
R. Hauber.

Zu verkaufen:

1 gepolsterte Bank,
1 gepolsterter Sessel,
2 spanische Wände,
1 getragener Anzug,
1 schwarzseid. Jacke.

Vorstadt 240 1. Stock.

Rötenbach.
Einige gute
Bienenbötter
verkauft
Jakob Kugele.

Javelstein.
Ein Paar neue nußbaum-
lackierte
Bettladen
verkauft
Leopold Schrotz.

Sehr guterhaltenen
Rindertwagen
hat zu verkaufen.
Wer? sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Pfannkuch & Co.

Bruchpreis

3 Pfund 2.-
Mark

Bruchpreis
grob

3 Pfund 2.25
Mark

Volkreis
gutkochend

3 Pfund 2.50
Mark

**Balencia-
Tafelreis**

3 Pfund 4.-
Mark

Pfannkuch & Co.
Telefon 45.

Die Entsch...

Nr. 107.

Erklärungsmittel: 6
Reklamen Bl. 2. — Auf 6

Die Entsch...

Als der deutsche Aufse-
herungen der Allierte
aussetzung, daß die Enten-
Rechtsgrundzüge nicht dur-
ch eine Regelung der Enten-
dem Grade der Leistungsfä-
higkeit jeweils na-
higen festgestellt werden so-
habe für militärische Zwan-
verschiedenheit der Parte-
Deutschlands. Die Pariser
verständigen als unausfüh-
die systematische Behinderung
Anstatt sich nun über die W-
hinsichtlich der deutschen
richten, hat die Entente be-
den sie im Hinblick auf
leisten kann.

Die deutsche Regierung
weg abgeschnitten war, wo-
suchen an Amerika um W-
wiesen worden, die ameri-
seitigen Politik Amerika
ständig auf den Boden der
Unterstützung von außen
standen also vor der W-
matums den Alliierten den
Anspruchs zu geben, oder
sind die „moralische“ Ver-
zu nehmen. Wir wissen r-
der Annahme des Ultima-
men schreiten und unter d-
Versäuler Bedingungen zu
über die Entschlüsse der
vollständig im Unklaren.
ter völligen Ohnmacht aber
den guten Willen zur Ein-
daß dadurch jede Maßnah-
leht, als das gegenseitige
waltet gegenüber einer

Die Stimmung innerch
mäßig auf eine Ablehnung
eines solchen Entschlusses
und politischen Ohnmacht
zu der Auffassung geführt,
Wir hätten durch die Bes-
rhen wirtschaftlichen Sch-
hätte fraglos auch auf die
leicht auch im Innern se-
Wir wollen nicht sagen, da-
beisworen sind, wir möcht-
im Falle weiterer Gewalt-
teren Entschlüsse das mora-
das Ultimatum gesichert ho-
deutet für die Entente we-
eines moralischen Rechts-
die unter Zwangsumstän-
braucht nicht als dauernd
Gesichtspunkt hat wohl die
Da die deutsche Volkspartei
Ultimatum abgelehnt hat,
kraten und Mehrheitssozia-
das Ultim dieses Entschlu-

Annahme d...
durch
Berlin, 11. Mai.
hat das Ententeultimatum
einer Stimmenthaltung